Auer Tageblatt

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 60 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 50 Pfg. u. wöchentlich 10 Pfg. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 1.80 Mk., monatlich 60 Pfg. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 2.22 Mk., monatlich 74 Pfg. Erscheint täglich in den Mittagsstunden, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auererzgebirge. Fernsprecher 83.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Insertionspreise: [illegible]

Nr. 25. Sonnabend, 31. Januar 1914. 9. Jahrgang.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.
Außerdem liegt das achtseitige illustrierte Sonntagsblatt bei.

Das Wichtigste vom Tage.

Die Ausreise des Kaisers nach Korfu ist für März in Aussicht genommen.

•

In der bayrischen Reichskammer wurde zu den Erklärungen, die auf dem Preußentag abgegeben wurden, in scharfer Weise Stellung genommen.

•

Der Landtag des Herzogtums Braunschweig wurde gestern mit einer Thronrede des Herzogs Ernst August eröffnet.

•

Die zur öffentlichen Zeichnung ausgelegten 350 Millionen Mark preußischer vierprozentiger, auslösbarer Schatzanweisungen sind mit rund 25 Milliarden etwa siebzigfach überzeichnet worden.

•

Auf der Zeche Minister Achenbach bei Dortmund erfolgte gestern eine Explosion schlagender Wetter. Die Zahl der Opfer steht noch nicht fest, bis jetzt wurden 18 Leichen geborgen und 17. Verletzte, darunter 8 Schwerverletzte.*)

*) Näheres siehe an anderer Stelle.

Regierungswechsel in den Reichslanden.

⁂ Rascher, als man erwartete, ist die Demission der höchsten Behörden des Reichslandes zur Tatsache geworden. Daß diese Demission erfolgen würde, das war ja nicht mehr zweifelhaft, seitdem sich nicht nur zwischen den Militärbehörden und der elsaß-lothringischen Regierung in Elsaß-Lothringen tiefgehende Meinungsverschiedenheiten in der Beurteilung der Zaberner Angelegenheit herausgestellt hatten. Aber man erwartete den Regierungswechsel doch wohl erst zu einem späteren Zeitpunkt. Und daher kommt die Nachricht, daß nicht allein Staatssekretär Zorn von Bulach und die Unterstaatssekretäre, sondern auch zugleich Statthalter Graf Wedel aus dem Amte scheiden wolle, in diesem Augenblick doch immerhin überraschend. Was letzten Endes zu dieser Beschleunigung des Regierungswechsels in Elsaß-Lothringen beigetragen hat, das weiß man nicht. Aber wir meinen, bei der ganzen Lage der Dinge ist es besser, daß die Entscheidung rasch herbeigeführt wurde, als daß man sie noch vertagt. Es war ein für das Ansehen des Reiches und der staatlichen Gewalt wenig erfreuliches Bild, daß die Träger dieser Gewalt sich in einer so wichtigen Sache, wie es Zabern ist, so zwiespältiger Meinung zeigten. Und da nun einmal die Auffassung der Reichsregierung als der übergeordneten Zentrale, die maßgebende bleiben mußte, so blieb den Straßburger Staatsmännern nichts weiter übrig, als die Konsequenzen zu ziehen.

In den Reichslanden sieht man den kommenden Dingen mit gewissen Befürchtungen entgegen. Wir glauben denn doch mit Unrecht. Herr von Bethmann Hollweg hat in seinen Reichstagsreden keinen Zweifel darüber gelassen, daß er an den Grundlinien der elsaß-lothringischen Politik festhalten wird, wie sie durch die Verfassungsreform von 1911 gegeben sind. Und der Kaiser hat durch seine Kabinettsordre, in der er den Zivil- und Militärbehörden eine gegenseitige Achtung ihrer Rechte empfahl, deutlich zu erkennen gegeben, daß er keine Herrschaft des Militärs in den Reichslanden will, wie von gewisser Seite in leicht verständlicher Absicht immer wieder behauptet wird. Wir sind daher der Ansicht, daß die Befürchtungen, die man an die Gesamtdemission der Regierung knüpft, irgend welche Berechtigung nicht haben. Umso mehr darf man erwarten, daß die Hoffnungen in Erfüllung gehen, die man auf diesen Regierungswechsel billig setzen darf. Was bisher schon immer von denen vorhergesagt wurde, die die politischen Verhältnisse in Elsaß-Lothringen unbefangen beurteilten, daß dem Lande eine konsequente Regierung not tue, das hat Zabern nur zu deutlich bewiesen. Vier Jahrzehnte lang hat man in des Reiches Westmark geschwankt zwischen Energie und Mattherzigkeit. Auch die Beamten, die aus Altdeutschland kamen, haben nur zu oft gedacht, die Elsässer durch Liebenswürdigkeiten und Liebäugeln mit ihrer Französelei zu gewinnen, die allein den Eindruck der Schwäche machten. Wollte man dann die üblen Folgen dieser Schwäche durch Energie wieder gutmachen, so wurde das von den Einheimischen als unmotivierte Strenge empfunden. So entstand eine Stimmung im Lande, die sich als allgemeine Unsicherheit kennzeichnen läßt. Und diese allgemeine Unsicherheit wirkte auch auf die Behandlung der Zaberner Angelegenheit durch die elsaß-lothringische Regierung ein. Die Regierung scheute sich offenbar, mit all der Energie einzugreifen, die hier geboten war, um sich nicht dem Vorwurfe unberechtigter Härte auszusetzen. Die Reaktion gegen diese unangebrachte Nachsicht blieb denn ja auch nicht aus. Wer die Männer auch sein mögen, die jetzt ans Ruder kommen — es werden ihrer ja viele genannt — mögen es Einheimische oder Altdeutsche sein, die jetzt die abtretenden Männer ersetzen, eins muß man von ihnen verlangen, daß sie einheitlich zusammenwirken zur Aufrechterhaltung des Ansehens der Regierung. Eine starke einheitliche Regierung wird Zustände überhaupt nicht aufkommen lassen, wie sie jetzt zu Zabern geführt haben. Dann werden auch die offenen und versteckten Französlinge keinen Glauben mehr finden, wenn sie in sehr eindeutiger Absicht gegen die Militärdiktatur in den Reichslanden Sturm laufen. Und darum ist es besser, daß schon jetzt frische Kräfte, die nicht durch irgendwelche Ereignisse der Vergangenheit in ihrem Tun beengt sind, an die Spitze der reichsländischen Verwaltung treten, als daß noch einige Wochen der unerfreuliche Zustand andauerte, daß die reichsländische Regierung von Männern geleitet würde, die in tiefem Gegensatz zu der Reichsleitung stehen.

•

Die Nordd. Allgem. Ztg. schreibt: Wie wir hören, hat sich der kaiserliche Statthalter Graf Wedel bereit erklärt, noch einige Monate auf seinem Posten zu bleiben, um die Nachfolger des Staatssekretärs Freiherrn Zorn von Bulach und andere aus ihren Aemtern scheidender Mitglieder der reichsländischen Regierung in die Geschäfte einzuführen. — In unterrichteten politischen Kreisen wird angenommen, daß die Entscheidung des Kaisers über den Regierungswechsel in den Reichslanden noch heute fallen werde. Man glaubt zu wissen, daß im Vordergrunde der Erwägungen der maßgebenden Persönlichkeiten eine Kombination steht, nach der als Statthalter ein preußischer Prinz wahrscheinlich Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen, eingesetzt werden soll. Dem Prinzen soll eine energische Persönlichkeit als Staatssekretär beigegeben werden, der zugleich die Verwaltung des Innern führen werde. Als Kandidat für den Posten des Staatssekretärs werden namentlich genannt der lothringische Bezirkspräsident von Puttkammer, ein Sohn des früheren Ministers, und der Regierungspräsident in Frankfurt a. O. von Schwerin. Bei der Kombination, die sich an den Namen von Bülow knüpfte, scheint es sich um eine Verwechselung mit dem Generalobersten von Bülow zu handeln. Dieser Kombination wird aber in politischen Kreisen wenig Glauben beigemessen, da Generaloberst von Bülow zu den Generälen gehört, die im Ernstfalle auf einen der wichtigsten Posten der Armee zu stellen wären.

•

Immer neue Folgen der Zaberner Vorfälle.

In den letzten Wochen sind in Straßburg, wie bekannt wird, acht Festnahmen von Zivilpersonen durch die Polizeibehörden erfolgt und zwar wegen Beleidigung vorübergehender Offiziere und Verhöhnung marschierender Militärabteilungen. Die Zaberner Blätter beginnen mit einer Veröffentlichung der Zeugen, die in den bisherigen Prozessen für das Militär eingetreten sind, in der offenkundigen Absicht, eine Boykottierung dieser Personen durch das Publikum herbeizuführen. — Abbé Wetterle hat den Vorsitzenden des Deutschen Wehrvereins, General Keim, wegen seines Aufsatzes im Tag, betitelt: Schwobe und Elsässer .... wegen Beleidigung verklagt.

Politische Tagesschau.

Aue, 31. Januar.

* **Ein Gnadenakt des Kaisers.** Der Kaiser hat anläßlich seines diesjährigen Geburtstages eine Anzahl Begnadigungen ausgesprochen. Ein Teil bezieht sich auf völlige Begnadigung von in Strafhaft gewesenen Verurteilten. In den anderen Fällen wurden Gefängnisstrafen in Festungsstrafen oder Geldstrafen umgewandelt. Dem Vernehmen nach betrug die Zahl der Begnadigten insgesamt 82.

* **Der Waffengebrauch des Militärs.** Die Nordd. Allg. Ztg. schreibt: Für die an dieser Stelle angekündigte und vom Reichskanzler in seiner letzten Reichstagsrede erwähnte Nachprüfung der Dienstvorschrift von 1899 über den Waffengebrauch des Militärs im Frieden sind zunächst beim Kriegsministerium die nötigen Vorarbeiten erledigt worden. Gegenwärtig finden unter Zuziehung der preußischen und der Reichsressorts der Justiz und des Innern, kommissarische Beratungen statt. Auch hat sich der Kriegsminister mit den zuständigen Stellen der nichtpreußischen Kontingente in Verbindung gesetzt, um möglichste Uebereinstimmung in der Fassung der Vorschriften herbeizuführen.

* **Ausschuß des deutschen Handelstages.** Der Ausschuß des deutschen Handelstages wird am 12. und 13. Februar eine Sitzung abhalten. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: 1. Reform des gewerblichen Rechtsschutzes. 2. Lebensversicherung öffentlich-rechtlicher Körperschaften. 3. Bevorzugung der Handlungsagenten im Konkurse. 4. Steuer auf ausländische Weine. 5. Novelle zum preußischen Abgabengesetz. 6. Deutsche Handelskammern im Auslande. 7. Abgrenzung des Kleingewerbes. 8. Zugabewesen. 9. Einstellung verabschiedeter Offiziere in Handel und Industrie. 10. Verdingungen. 11. Verkehr mit Arzneimitteln.

* **Falsche Behauptungen über Unstimmigkeiten im bayerischen Kabinett.** Die Bayerische Staatszeitung bringt an der Spitze des Blattes folgende hochoffiziöse Erklärung: In einem Münchener Blatte wurde der Staatsminister des Innern mit angeblichen Intrigen gegen den Staatsminister für Verkehrsangelegenheiten in Verbindung gebracht. Der Staatsminister des Innern hat uns zu der Erklärung ermächtigt, daß er sich hiergegen mit aller Entschiedenheit verwahren muß.

* **Ein auffallendes polnisches Rachegericht.** Ein Berliner angesehener nationalpolnischer Fachverein hat auf Grund von Paragraph 8 seiner Statuten, der den Ausschluß von Mitgliedern in den Fällen von unehrenhaften und schändlichen Handlungen vorsieht, ein langjähriges Mitglied wegen dessen beabsichtigter Heirat mit einem deutschen Mädchen aus dem Verein ausgeschlossen. Die Angelegenheit, die größte Entrüstung in den nationalen Kreisen Berlins erregt, wird voraussichtlich noch die Gerichte beschäftigen.

* **Der deutsche Episkopat gegen Kardinal Kopp?** Die Essener Volkszeitung, das führende Zentrumsorgan des Ruhrgebiets, erklärt zu den Wirren im katholischen Lager: Soweit wir unterrichtet sind, ist es zutreffend, daß der Papst den Frieden im Gewerkschaftsstreit wünscht und in diesem Sinne sich auch Bischof Schulte gegenüber bei dessen jüngstem Besuch in Rom ausgesprochen hat. Ohne Zweifel darf angenommen werden, daß die übrigen Mitglieder des Episkopats sich auf die Seite des angegriffenen Paderborner Oberhirten stellen.

* **Ausschluß des Abgeordneten Hestermann aus der nationalliberalen Reichstagsfraktion.** Nach einem einstimmigen Beschluß der nationalliberalen Reichstagsfraktion ist der Abgeordnete Hestermann, der bisher der Fraktion als Hospitant angehörte, aus der Fraktion ausgeschlossen worden. Der Ausschluß erfolgte in später Nachmittagsstunde während der Reichstagssitzung am Donnerstag infolge der Angriffe, die Hestermann gegen ein anderes hospitierendes Parteimitglied, den Abgeordneten Dr. Böhme, gerichtet hatte.

* **Ein Norweger als Schiedsrichter über marokkanische Streitfragen.** Wie aus Paris offiziös gemeldet wird, haben die Regierungnen Frankreichs und Spaniens den norwegischen Rechtsgelehrten Gram als Oberschiedsrichter des Schiedsgerichts namhaft gemacht, das in Paris zusammentreten soll, um über verschiedene Marokkofragen internationalen Charakters, insbesondere über die Konzessionen der Gebrüder Mannesmann, zu entscheiden.

* **Die Reformen in China.** Die letzte Sitzung des chinesischen Verwaltungsrates kam gestern zum Abschluß. Die Lehre des Konfuzius wurde endgiltig als Staatsreligion anerkannt. Der Präsident darf aber bei religiösen Zeremonien, die im Tempel des Himmels zur Wintersonnenwende stattfinden, keine Krone tragen. Das Zeremoniell soll noch festgesetzt werden. Die Zeremonie des Kotau wird wieder in ihre alten Rechte eingesetzt, die Verehrung der Geistlichen aber verboten.

Aus den Parlamenten.

Deutscher Reichstag.

⁂ Der Zentrumsabgeordnete Dr. Trendel wünscht über einen Punkt des Wehrgesetzes in einer kurzen Anfrage Aufklärung und ein Regierungsvertreter bestätigt ihm, daß das auf Grund des Gesetzes vom 31. Dezember festgestellte Vermögen unverändert bei Feststellung der Vermögen im Jahre 1917 zugrunde zu legen sei. Ein zweiter Zentrumsmann, der Abgeordnete Spittart, ist um das Schicksal des 99. Infanterieregiments besorgt, das seine Verlegung